

Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anstellung 2.00 Mark, vierteljährlich
5.00 Mark, über die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
an allen Reichspostanstalten ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsvor-
zeichnis unter Halle-Zeitung eingetrag-
en. Für unentgeltlich eingehende
Annoncen wird keine Gebühr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle-Zeitung ge-
gründet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Druckerei-Abt. Nr. 1135
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Anzeige
werden 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32.
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unferen An-
nahmestellen u. allen Anzeigen-
geschäften angenommen. Reflektoren
die 22 mm dr. Minimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Rahmenzeile 100 Pf.
11 Ltr. für die Sonntags-Dr. abdo.
6 Ltr. Abbestellungen, soweit zu-
ständig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Ersetzt
10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32.
u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Dr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Verkaufsstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 322.

Halle, Sonnabend, den 12. Juli.

1919.

Das Ende der Entente-Blockade.

Wiederum eine beschlußunfähige Nationalversammlung. — Ein amerikanisches Schieberkomplott. — Ein französischer Soldat in Berlin ermordet. — Tittoni über Italiens „schwerste diplomatische Schlächten“.

Aufhebung der Blockade?

WTB. Versailles, 12. Juli. (Sonderdepesche.) Der Oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittags Sitzung beschlossen, die Blockade von heute, den 12. Juli ab aufzuheben.

Das auswärtige Amt weiß von nichts.

Weimar, 12. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Im Ministerium des Auswärtigen ist bisher keine Nachricht darüber eingetroffen, daß die Blockade aufgehoben wird. Es liegen im Außenministerium auch keine Nachrichten darüber vor, daß Frankreich die Zurückziehung der beschuldigten Angelegenheiten von der vorerwähnten Ansicht deutscher Arbeiter im gerichtlich abhängigen macht. Ebenfalls ist der nach Paris entsandte Unterstaatssekretär Kewal angewiesen worden, die Heimkehrförderung der deutschen Kriegsgefangenen zu beschleunigen. Das Kabinett wird vorher den Bericht Kewals abwarten, ehe es zur Kriegsgefangenenfrage Stellung nimmt.

Die Wiederaufnahme des deutsch-amerikanischen Handels.

WTB. Washington, 12. Juli. Neuter. Der stellvertretende Staatssekretär verkündet, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland binnen 48 Stunden gestattet werden wird. Es werden anßer für Farbstoffe, Gemischten und Kali, die unter Aufsicht der Wiederaufnahmekommission stehen werden, Erlasse ausgeben werden. Die Schiffsfahrbeschränkungen werden nicht beibehalten werden.

Amerikanische Baumwolle für Deutschland.

WTB. Washington, 12. Juli. Neuter. Die Schiffsfahrbeschränkungen mit Hamburg und Bremen werden wieder aufgenommen werden, sobald Ladungen dafür angesetzt werden können. Von Philadelphia wird sofort ein Schiff nach Hamburg abgehen. Und den nächsten Hafen wird Baumwolle direkt nach Deutschland verschifft werden.

Außenhandelsstelle für Elektrotechnik.

WTB. Berlin, 12. Juli. Auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums fand gestern im Sitzungssaal der Zentralkommission für Auswahleinstellungen in der Elektrotechnik eine Besprechung über die Gründung einer Außenhandels-Nebenstelle in der Elektrotechnik statt. Inaugen waren Vertreter der gesamten deutschen elektrotechnischen Industrie des in Frage kommenden Handels und der Arbeitgeber, Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer ferner einzelne Vertreter der Handelsministerien der Gliedstaaten. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden des Reichswirtschaftsministeriums und des bisherigen Leiters der Zentralkommission Herr Landrat von Raumer, erhoben einige Vertreter der Einzelstaaten rechtliche Bedenken gegen die Schaffung einer Außenhandelsstelle als Selbstverwaltungsinstitut; aus wurde von ihnen mit Rücksicht auf die möglicherweise bevorstehende Abänderung in der Verfassungspolitik des Reichsministeriums empfohlen, die Gründung der Außenhandels-Nebenstelle nach zu verzagen. Bezüglich der rechtlichen Bedenken wurde einstimmig beschlossen, daß die vom Reichswirtschaftsministerium vorgezeichnete Form der Außenhandels-Nebenstelle beschlossene Kraft zu geben, zunächst genehmigt werden soll. Sollte das Kabinett sich den gestellten rechtlichen Bedenken angeschlossen und die Weiterverhandlung befehlen, so soll die Berlin des Vertrauensmannes, der den Behörden als Reichsbeauftragter vorzulegen worden ist, mit dieser Einigungsbestimmung betraut werden und die Tätigkeit des Ausschusses sich auf tatsächliche Stellungnahme (ohne darauf beschließen, den Vertrauensmann, falls erforderlich das Vertrauen zu entziehen und ihn damit zum Austritt zu zwingen. Bezüglich der etwaigen Abänderung der Verfassungspolitik des Reichsministeriums bemerkt ein Vertreter der Industrie, daß man den Plan zur Schaffung einer Außenhandels-Nebenstelle des Außenhandels durch Aufhebung der Beschränkungen der Arbeiter und Vertrauensleute mit den Arbeitnehmern in der Elektrotechnik auf eigene Faust — unabhängig von den Beschlüssen des Kabinetts — durchführen sollte. Sollte man die Ein- und Ausfuhrverbote bannen aufheben, so würde das der Tod der deutschen Industrie bedeuten. Einstimmig schlossen sich die Vertreter des Handels, des Vertrauensmannes und der Arbeitnehmer diesen Ausführungen an. Der Ausschuss wurde gebildet, die Gutachtenstellung ohne Widerspruch festgelegt und Herr Landrat von Raumer einstimmig zum Vertrauensmann Herr Dr. Brand und Herr Fiedler zu seinen Stellvertretern gewählt. Es konnte auch sofort ein wichtiger Beschluß gefaßt werden, der die Aufhebung der Beschränkungen der deutschen Volkswirtschaft große Chancen erhalten bleiben

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 12. Juli. 55. Sitzung. Am Regierungssitz: Schmitt. Präsident Scheubach eröffnete die Sitzung um 9 Uhr 45 Minuten.

Die Genehmigung zur Berechnung des Abg. Holl (Soz.) als Zeuge in einer Privatbeleidigungssache wird erteilt. Die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Abgeordneten Geiger-Sachsen (U.S.), Seger (U.S.), den Hebel (Ztr.) wegen politischer Vergehen und der Abgeordneten Dr. Blum (Ztr.) und Dr. Kuesel (Soz.) in Privatklagen wegen Beleidigung wird verweigert. Es folgen

Wahlprüfungen.

Der Wahlprüfungsanspruch beantragt, im zehnten Wahltreffe (Doppeln) die Berufung des 8. Bewerbers der Liste Ullrich, des Abgeordneten Kubecht (Ztr.) für unzulässig zu erklären und folgende Entziehung anzunehmen:

„Als schriftliche Erklärung für die Verbindung von Wahlprüfungen im Sinne des § 12 der Verordnung über die Wahl vom 30. November 1918 gilt auch telegraphische Erklärung.“

Gemeiner Rat Freiherr von Welser: Das Reichsministerium des Innern schiebt sich der Auffassung des Wahlprüfungsausschusses an. Die telegraphische Listenverbindung grundsätzlich der schriftlichen gleichzustellen, würde allerdings bedenklich sein. Im vorliegenden Falle ist sie aber ganz unbedenklich, da nachträglich festgestellt worden ist, daß sie richtig ist.

Nach weiterer Erörterung wird die Wahl des Abgeordneten Kubecht (Ztr.) für unzulässig erklärt und die Entziehung des Ausschusses angenommen.

Es folgt die Beratung über die Wahlen im 23. Wahlkreis (Dülledorf). Abg. Zubeil (U.S.) führt als Vorberichter aus, daß die Spartakisten durch ihre Angriffe auf die Wahllokale und die Wähler die Ausführung des Wahlergebnis für etwa 88 000 Wähler unmöglich gemacht haben. Diese hohe Zahl sei geeignet, das Wahlergebnis erheblich zu beeinflussen. Der Ausschuss beantragt deshalb teilweise Nachwahl, um Beweismaterial zur Mandatsverteilung zu erhalten.

Abg. Spahn (Ztr.) beantragt die Rückberufung der Angelegenheit an den Ausschuss.

Abg. Neumann-Hofer (Dem.) erwidert, dem Beschluß des Ausschusses beizutreten.

Abg. Warmuth (D.N.) erklärt sich gegen die Nachwahlen, weil sich inzwischen die politische Konstellation geändert habe.

Regierungvertreter Freiherr von Welser führt aus, daß Nachwahlen im Wahlkreis nicht vorgesehen seien.

Nach weiterer unerbittlicher Debatte bezieht sich Abg. Gröber (Ztr.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Scheubach hält es wegen der geringen Zahl der Abgeordneten für überflüssig, die Beschlußfähigkeit festzustellen.

Es tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Montag 3 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 12 1/2 Uhr.

Amerikanische Riesenschieber.

WTB. Amsterdam, 12. Juli. Times melden aus Rotterdam, daß die amerikanische Besatzungsarmee gestern ein wertvolleres Komplott entdeckt hat, das zum Zweck hatte Lebensmittellokale, die für die amerikanische Armee bestimmt waren, nach dem unbesetzten Deutschland zu schicken. Es wurden mehrere Tausend Eisenbahnwagen, die mit Speck, Konserven, Zigaretten und Autoreifen beladen waren, aber leer besetzt wurden, in die neutrale Zone durchgeschleust, wo sie an einer kleinen Station ausgeladen wurden. Die Waren wurden nach Kassel und anderen Städten geschickt. Der Wert der geschlehten Waren beträgt mehrere tausend Pfund. Die amerikanische Behörde hat mehrere deutsche Eisenbahnbeamte verhaftet und Amerikaner verschiedener Rangens Verhören unterzogen, um herauszufinden, ob sie an dem Komplott, das von amerikanischen Grenzwehrenden entdeckt wurde, beteiligt waren.

Ein französischer Soldat in der Berliner Friedrichstraße erschossen.

WTB. Berlin, 12. Juli. Die Kriminalpolizei mittelt, wurde nachts in der Friedrichstraße zwischen der Dorotheens- und Georgenstraße der französische Soldat Paul Manheim, Sergeant vom 32. Dragonerregiment, auf der Flucht vor einer großen Menge von einem unbekannten Täter erschossen.

Die Ursache des Mordes.

WTB. Berlin, 12. Juli. Weber den Unfall zur Tötung des französischen Sergeanten Paul Manheim wird bekannt, daß dieser in der vergangenen Nacht in der Friedrichstraße mit einer Straßendirne in Streit geraten war, da er, wie die dort zwei Zeugen

bekündigt wird, mit dem Schimpfwort „Du alter Schwein“ angegriffen habe. Auf der Flucht vor der sich bald anheimelnden und ihr bedrohenden Volksmenge erhielt der Sergeant von einem Unbekannten einen Messerschlag in den Rücken, an dessen Folgen er nach seiner Ueberführung in eine Rettungstation verstarb.

Eine Rede Tittonis.

WTB. Rom, 12. Juli. „Agenzia Stefani.“ Tittoni hielt in der gestrigen Sitzung eine Rede, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Er führte u. a. aus: In diesem Augenblick, wo Italien auf diplomatischem Felde kämpft und die schwersten Schlächten zu vermeiden. Ich möchte mich den Erklärungen Wilsons an, die den Wunsch ausdrücken, die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien aufrecht zu erhalten. Wir werden in Paris mit Vertrauen unser Recht verteidigen. Wir kennen unsere Ziele. In der Unterzeichnung und Zustimmung des Pariser Vertrages werden wir die Zustimmung finden. Aber jede Grundlegung, selbst wenn sie ein Druckversuch gegen die Konferenz sein sollte, muß vermieden werden. Das Land muß andere internationaler Stellung kennen, wie und warum wir dazu gekommen sind. Die Verhandlungen werden nun aus dem Anfangsstadium herausströmen, vielleicht schon in der nächsten Woche sich lösen. Aus diesem Grund gilt es heute, Stillstehen zu begreifen. Der Vertrag mit Österreich wird bald unterzeichnet werden. Es folgt Italien neue Vorteile zu. Die kleinasiatischen Fragen werden zurückgestellt werden, dafür wird die Lösung der Adriafrage durchgeführt werden. Die italienische Delegation wird ihre Beschlüsse nicht überbringen, aber auch eine Verzögerung nicht mehr zugehen können. Tittoni schloß seine Ausführungen, indem er sagte, daß die Delegation nur handeln könne, wenn sie die Anerkennung des ganzen Pariser Vertrages erhalte, damit der dann unterzeichnete Friede ein Friede ganz Italiens sei.

Die Einzelstaaten und die Vermögensabgabe.

Weimar, 12. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die große Vermögensabgabe und das Steuerprojekt der Reichsregierung führen die Finanzminister der Einzelstaaten am Sonntag nach Weimar. Es dürfte sofort nach ihrem Eintreffen mit den Besprechungen begonnen werden. Das Gesetz über die Vermögensabgabe wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Die Mitteilung, daß die Vermögensabgabe erst im Jahre 1920 erfolgen wird, beruht auf Richtigkeit. Der Entwurf der Vermögensabgabe ist auf den 31. Dezember 1919 festgelegt, so daß mit der Vermögensabgabe erst im Jahre 1920 begonnen werden kann. Wie von zitierten Seite mitgeteilt wird, beginnt die Vermögensabgabe von 25 000 Mark an. Für diesen Betrag steht das Projekt eine Abgabe von 10 Proz. vor. Die Abgabe steigert sich mit dem Vermögen bis auf über 60 Proz. Die Vermögensabgabe wird selbstverständlich nicht auf einmal erhoben, sondern in Zeitstraten. 5000 M. eines jeden Vermögens sollen unbesteuert bleiben, so daß zum Beispiel bei einem Vermögen von 25 000 M. 10 Proz. nur von 20 000 M. abgezogen werden müssen. Um die Vermögensabgabe zu verfechten, ist in dem Gesetz der Reichsfinanzminister ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Wie hoch sich das über die Grenze gestrichelte Vermögen beläuft, läßt sich heute nicht mehr feststellen, jedoch sind, wie berichtet wird, hunderte von Millionen über die Grenze gestrichelt, gelt worden. Eine zweite Vermögensabgabe, die nach einer gewissen Zeit der jetzt in Kraft tretenden folgen soll, ist entgegen anders lautenden Gerüchten nicht beabsichtigt.

Wissell will auscheiden.

WTB. Berlin, 12. Juli. Wie die „D. Z.“ aus Weimar erzählt, hat Minister Wissell gestern in der Fraktionsitzung seinen Freunden erklärt, daß er aus dem Reichswirtschaftsministerium ausscheiden und auch kein anderes Amt in der neuen Regierung zu übernehmen gedenke.

Die deutschen Arbeiter für den Wiederaufbau Frankreichs.

Haag, 12. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Die Frage der Arbeiterstellung durch Deutschland für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete in Frankreich und Belgien wird vielfach besprochen. Wie verlautet, werden gewisse Truppen von Arbeitern von Deutschland verlangt, deren Vorleben einwandfrei ist und deren politische Meinung keine aufreizende Art habe. Deutschland werde diese Arbeitertruppen ent-

löhnen. Sie werden denselben Arbeiterkommandos unterstellt werden. Die Ueberwachung in Frankreich wird zum Teil von französischen Polizisten, zum Teil von Militärpersonen, jedoch nicht durch Kolonialtruppen erfolgen.

Preissturz in Lebens- und Genussmitteln.

Essen, 11. Juli. Die Erwartung der Blodandenshebung hat im rechtsrheinischen Gebiet ein großes Angebot und einen starken Preisfall zahlreicher Lebensmittel hervorgerufen, die bisher im Schmuggel- und Schleihhandel erheblich teurer bezahlt werden mußten. So wird heute in Düsseldorf Del zu 18 M. für das Alter, gelagerter Schinken 9 M. für das Pfund, Kaffee zu 14 bis 16 M., Schokolade zu 16 M., Kakao zu 28 M. verkauft. Berlin war an den ebenfallig in letzter Zeit erhebliche Preisrückgänge. Der Schleichhandelspreis für weißes Weizenmehl ging von 4,50 auf 2,50 bis 3 M. je Pfund zurück.

Der Regierungsbloß vor dem Zerfall.

Berlin, 11. Juli. (S. L. N.) Durch die gestrige Erörterung der Grundrechte und Grundpflichten im Entwurf der Reichsverfassung in der Nationalversammlung ist anscheinend eine neue Krise zwischen den beiden Regierungsparteien, den Sozialdemokraten und dem Zentrum, in der Herausbildung begriffen. Das Vorgehen der Sozialdemokratie, so schreibt die „Germania“, bedeutet einen Bruch des Abkommens zwischen den Mehrheitsparteien. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der bayerische Ministerpräsident Hoffmann, sowie der preussische Kultusminister Sauerlich die treibenden Kräfte für diesen Umfall der sozialdemokratischen Fraktion gewesen sind.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ schreibt: Wie die Dinge heute liegen, ist der Konflikt gegeben. Zur Zeit liegt die Entscheidung bei der Sozialdemokratie. Diese wird wohl erst am Sonntag fassen. Man darf aber wohl annehmen, daß der Konflikt sich nicht bis zum nächsten Juli auswirken wird.

Der Streit um die Schulaufsicht.

Im „Vorwärts“ wird redaktionell bemerkt: Es ist notwendig, daß die Aufsicht der Schulkontrollen gegenüber den Lehrern gebrochen und durch Schaffung geeigneter beschränkender Anstalten als erforderlichen Garantien für die Lehrer begründet werden. Solche beschränkenden Anstalten müßten bei allen Provinzialschulräten, namentlich aber auch durch eine Zentralstelle in den Kultusministerien, eingerichtet werden.

Der Streit um die Betriebsräte.

Vor neuen Konflikten.

Berlin, 11. Juli. Im Reichsministerium fanden gestern und vorgestern Besprechungen über den umgearbeiteten Referentenentwurf eines Betriebsrätegesetzes zwischen Vertretern des Ministeriums unter dem Vorsitz des Ministers und dem Zentralrat und einer Anzahl von Betriebsratsmitgliedern aus dem Reiche statt. Die Besprechung sollte dem Zweck dienen, für die geplante zeitliche Regelung der Betriebsräte, insbesondere ihren Aufgaben, Anregungen zu erhalten und die Erfahrungen der Praxis für das gesetzgeberische Handeln, das mit diesem Gesetzentwurf betreten wird, zu verwerten. Nach einem einleitenden Referat fand eine eingehende Besprechung der Betriebsräte statt. Das Ergebnis dieser Beratungen war eine formulierte Aufzählung des für die künftigen Betriebsräte gewünschten Aufgabenspektrums. An der Spitze dieser Erklärung steht der Satz:

„Dem Betriebsrat steht das volle Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle Angelegenheiten des Betriebes und der Verwaltung des Unternehmens zu.“

Das Reichsarbeitsministerium vertritt die Ansicht, daß der Entwurf den Betriebsräten bereits weitgehende Arbeit und Kontrolle auf wirtschaftlichem Gebiet sichere, z. B. durch in dem neuen Entwurf vorgesehene Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat, durch das Recht auf Aufsichtsetzung über alle die Arbeiterschaft berührenden Betriebsangelegenheiten, durch die Vorklage der Arbeiter und Information über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf; die einheitliche ökonomische und technische Leitung des Betriebes oder durch die gleichberechtigte Mitbestimmung des Betriebsrats in feiner Weise beeinträchtigt werden, vielmehr könne die auch von der Regierung dringend gewünschte Sozialisierung nicht von unten, vom Betriebe aus und durch Eingriffe in die Betriebsleitung, sondern nur von oben, durch die im Entwurf der Reichsverfassung vorgesehenen Parteiarbeitskommissionen und den Reichsarbeitsrat erfolgen. Die Vertreter der Betriebsräte wandten sich in ihrer Mehrheit nicht bereit, in eine Einzelberatung des vorliegenden Referentenentwurfes einzutreten, glaubten vielmehr, in ihrer an die Spitze gestellten programmatischen Forderung unter allen Umständen festhalten zu müssen. Die Regierung wird, wie der „L. A.“ meldet, trotz dieses Verzichtes auf praktische Mitarbeit an ihrer Abfertigung, der Nationalversammlung in kürzester Frist ein Betriebsratsgesetz vorzulegen, das den Arbeitern und Angestellten in allen Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses das volle Mitbestimmungsrecht und in den Angelegenheiten der Betriebsleitung und Arbeitsförderung weitreichenden Einfluß sichert.

Zu gleicher Zeit hat der Gewerkschaftsbund Ausschluß des Gewerkschaftsbundes kaum ähnelnde Angelegenheiten verbunden eine Entschiedenheit angenommen, in der es heißt, daß durch die von der Regierung geplante Umgestaltung die Angestellten in der Industrie als Minderheit der dort tätigen Arbeitnehmer auf die Beschaffung des Betriebsrats niemals entscheidenden Einfluß wird ausüben können. Im Falle auf dieser Grundlage für die Angestellten unannehmbar, so fernere wird gegenüber der Ansicht der Regierung, das Gesetz innerhalb einer Frist von acht Tagen in der Nationalversammlung unter allen Umständen durchzuführen, ohne daß vorher der endgültige Entwurf der Feststellung und den beteiligten Kreisen zum Zweck der Stellung-



Deutsche, deren Auslieferung die Entente verlangt.

nahme unterbreitet worden ist, für die Einprüche erhoben. Der Geschäftsverwalter des G. A. A. hält nach wie vor fest an dem durch seinen Vertreter im Ausschuss des Reichsarbeitsministeriums zum Ausdruck gebrachten Standpunkt:

- 1. Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse dürfen nicht beeinträchtigt werden, sind vielmehr in völliger Unabhängigkeit nach jeder Richtung hin zu erhalten und auszubauen.
- 2. Die zweifelsfrei gemeinsamen Aufgaben der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben sind an einen paritätisch von Arbeitern und Angestellten besetzten Betriebsrat zu überweisen.

Von der Nationalversammlung erwartet der Ausschuss, daß sie keinesfalls ein Gesetz von so grundlegender Bedeutung beschließen wird, ohne daß den beteiligten Kreisen Gelegenheit gegeben worden ist, zu der maßgebenden Regierungsbehörde Stellung zu nehmen.

Abnahme der italienischen Unruhen.

WTB. Bern, 11. Juli. Die Bewegung gegen die Lebensmittelerhöhung scheint in ganz Italien im Abnehmen begriffen. Trotzdem bringen die Zeitungen täglich Nachrichten über neue Zusammenstöße, bei denen es, wie zum Beispiel gestern in Padua, Treviso und Serwanadega. Wie jetzt in den Wandergängen der Kammer bekannt wird, wollte der sozialistische Abgeordnete Anca in Neapel einen Arbeitersoldaten einrichten, was nur infolge des energischen Einschreitens des ebenfalls sozialistischen Bürgermeisters von Neapel verhindert wurde. Man sieht aber die Lage in Neapel immer noch als bedrohlich an. Die Wasserwerke streiken weiter, und man befürchtet neue Sabotageakte. In Rom herrscht wieder normales Leben. Sowohl aus der Hauptstadt wie aus anderen Mittelpunkten treffen erste Nachrichten über Warenmangel ein.

Die Behebung der Teuerung in Italien.

Lugano, 11. Juli. Der erste Schritt zur Einführung der neuen Wirtschaftordnung, wenn man so sagen darf, scheint sich nun ausnahmslos in ganz Italien vollzogen zu haben. Überall haben die bestehenden Arbeiterräte oder, wo diese mangeln, die neuen Arbeiterräte die Leitung des Verkaufes der Lebensmittel, Kleider und sonstigen Verbrauchsartikel der arbeitenden Klassen in die Hand genommen und führen auch unter Zustimmung und Beihilfe der bewaffneten Staatsmacht die Regulierung derjenigen Waren durch, deren Verkauf sie weigern, den Verkauf mit einem Preisabschlag welche meistens dieser erste Schritt nach sich ziehen wird. In manchen teilsweise weiser vorgezogenen. Die Mitarbeiter Kaufleute wandten sich bereits an die Regierung mit der höchsten Bitte, namentlich an die Preise der Lebensmittel der Regierung gelieferten Monopolen, wie Mehl, Getreide, Speck und Del, herabzusetzen zu wollen. Die Regierung antwortete jedoch mit einer entschieden ablehnenden Haltung.

Jordauer der Unruhen in Hume.

Eliz (Hume), 12. Juli. (Privattelegramm). Die Rhein-Welt. Jg. meldet aus Hume: Nach dem Sturz der Hume durch die Unruhen in Hume an. In den Straßen wurden Bomben geworfen. Ein Automobil, in dem sich französische Soldaten befanden, wurde von der Volksmenge getrieben, wobei eine Anzahl Personen verwundet wurden. Nach Mitternacht wurden in Hume einhundert, in Rom etwa 1000 Personen wegen Unruhen verhaftet.

Zeit Clemenceau zurück.

Paris, 12. Juli. (Eigene Nachrichten.) Aus Paris wird gemeldet: In heißen politischen Kreisen regnet man mit Bestimmtheit damit, daß Clemenceau nach der Siegesfeier, die am 14. Juli stattfindet, bestimmt seinen Rücktritt nehmen werde. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts Näheres bekannt, man spricht jedoch vielfach von Briand, der in erster Linie für den Posten des Ministerpräsidenten in Frage kommen könnte.

Holland und der Oberseetrust.

WTB. Haag, 12. Juli. Das Ror.-Büro meldet: Amtlich wird vom Ministerium des Äußeren mitgeteilt, daß der Minister des Äußeren auf die Anfrage der Allierten, ob die Regierung bereit sei, das allgemeine Abkommen von London zu einem mit Obersten Wirtschaftsrat in Paris festzustellenden Zeitpunkt verfallen zu lassen, geantwortet hat, dies könne nur dann geschehen, wenn gleichzeitig die Vereinbarungen zwischen dem Niederländischen Ueberseetrust und den assoziierten Ländern und zwischen der Niederländischen Ausfuhrgesellschaft und der British General Trading Association über die Einführung einheitlicher handelsrechtlicher Erzeugnisse und das Abkommen der Niederländischen Ausfuhrgesellschaft mit der britischen, französischen und italienischen Regierung über die Abfertigung verfallen. Es wurde ein festes Betätigungsdatum des Termins, den der Oberste Wirtschaftsrat für das Verfallen der Abmachungen bestimmen wird, erklärt.

45 Ründige Arbeitswoche in Holland.

WTB. Haag, 11. Juli. Die zweite Kammer hat die 45tündige Arbeitswoche angenommen.

Deutsch-Oesterreich gebraucht dringend Kredite.

WTB. Saint-Germain, 12. Juli. Staatsratler Henner hat an den Präsidenten des Obersten Wirtschaftsrates ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

„Da wir, der Aufforderung des Obersten Wirtschaftsrates folgend, ihm alle im Interesse und in den neutralen Staaten befindlichen ausländischen Werte zur Verfügung gestellt haben, die in den alliierten und assoziierten Staaten vorhandene ausländischen Werte aber mit Beschlag belegt sind, sind wir gegenwärtig absolut nicht in der Lage, uns rechtzeitig von anderer Seite Kredite für den Betrag von 200 Millionen zu beschaffen. Die uns von London, Wien und Paris zur Verfügung stehenden Mittel sind zu Ende. Schon gegenwärtig erhalten wir nur Getreide und Mehl, während die Zufuhren von Fleisch, Fett, Reis und Rindfleisch aufgehört haben. Unsere Ernährungssituation hat sich daher wieder außerordentlich verschlechtert und ist kritisch. Man wird im Augenblick auch der Kredit für Getreide und Mehl erschöpfen. Wenn die Zufuhren infolgebehalten aufhören werden, wäre ein großer Teil unserer Bevölkerung, insbesondere die Bevölkerung Wiens und der Industriestädte, dem Hungertode preisgegeben. Wenn die Sendungen der Alliierten anhalten, müßte die Hungertode durch die durch die Kriegführung gestifteten Verluste, mit erneuter Wucht vorzuziehen über uns hereinbrechen. Es wäre unendlich, die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten. Da wir alle realisierbaren Mittel zur Verfügung des Obersten Wirtschaftsrates gestellt haben, müßten wir die dringende Bitte stellen, daß uns von London, Wien und Paris weitere Kredite, wenigstens für August und September bewilligt werden.“

Am Schluß des Schreibens wird nochmals darauf verwiesen, daß die Unterbrechung der Lebensmittellieferungen eine Katastrophe herbeiführen würde.

Deutsch-Oesterreichische Gegenvorschläge.

WTB. Saint-Germain, 12. Juli. Die deutsch-oesterreichische Friedensdelegation hat heute Gegenanschläge zu ähnlichen Gegenschritten der Alliierten gemacht, ausgenommen die wirtschaftlichen Beziehungen, übertrifft, besonders betreffend Staatsbürgerrecht das Recht der Minderheiten und Arbeiterrecht.

Ein Engländer über Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Rotterdam, 11. Juli. Im Londoner Star vom 8. Juni führt der feinsinnige finanzielle Ratgeber des britischen Schachmenschen Sir George Wallis, eine hervorragende Kapazität in wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten, folgendes aus: Jeder, der das Material über Deutschlands Produktionsfähigkeit und seine Fähigkeit, Waren nach ausländischen Märkten auszuführen, prüft, muß zu dem Schluß kommen, daß Deutschland nur einen kleinen Bruchteil der Summe bezaehlen kann, die man von ihm fordert. Die Erfahrung dürfte zeigen, daß Deutschlands Fähigkeit, für die Waren und Rohstoffe zu bezahlen, die es notwendig braucht, derartig geschwächt worden ist, daß es nicht in der Lage sein wird, selbst die wichtigsten Rohstoffe zu bezahlen, die es zum Leben braucht, zu bezahlen, und daß man Deutschland im nächsten Jahre einen Hungerstich werden lassen muß, um vor Hungertode zu bewahren.

Die Bedingungen für Bulgarien.

Berlins, 11. Juli. Der Vertrag, der der bulgarischen Friedensdelegation überreicht werden soll, soll nach der „Liberté“ bereits fertiggestellt sein. Im großen und ganzen werden die Grenzen Bulgariens auf Status quo ante zurückgeführt. Weltfrieden solle an die Bulgaren übertragen werden. Serbien werde durch zwei Grenzbedingungen an der Straube keine Vorteile erlangen, während Rumänien den Teil der Dobruja an Bulgarien zurückzugeben habe, den es 1913 angeteilt hat.

Kommissionsberatungen über die Erfüllung des Vertrages.

Berlins, 11. Juli. Heute fand eine vorbereitende Besprechung einer deutschen und österreichischen Kommission über die Ausführung der Leistungen statt, die Deutschland im Friedensvertrage übernommen hat. Ueber eine Reihe von Einzelfragen, wie Kohlen und Chemikalienlieferungen, sollen in der nächsten Woche Besondere Sachverständigenkommissionen in Versailles zusammengetreten. Von französischer Seite wurde das dringende Verlangen geäußert, zu diesen Besprechungen die Aufklärung der durch den Krieg zerstörten französischen Gebiete freizugeben, die deutsche Arbeitskräfte herauszugeben. Im Belgien sei die Beteiligung deutscher Arbeiter nicht notwendig. Eine weitere Meldung aus Versailles besagt: In der heutigen Sitzung im Trianon-Palast befand sich Unterstaatssekretär Dr. Ewald, daß den Bemühern des belgischen Rheinlandes in der Ausübung ihrer Staats-

